



**WIR WERDEN
NICHT RUHEN!**

*Was ist ein Einbruch in eine Bank
gegen die Gründung einer Bank?*

Bertolt Brecht



PdA
→ soozialist. Link | Partei der Arbeit Tübingen

IM NAMEN DES VOLKES UND DER DEMOKRATIE?

In der Schule wird gelernt, dass das Parlament der Ort der Demokratie ist. Da das Volk seine VertreterInnen wählen kann, wird erwartet, dass sie die Interessen des Volkes wahrnehmen. Ist das wirklich so?

Durch ihre Organisationen und Lobbying beeinflussen die Unternehmen die für sie wichtigen politischen Entscheidungsprozesse. Das Vergeben von Mandaten an PolitikerInnen ist ein wichtiger Weg, um auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen und Trends frühzeitig zu erkennen. Die Zahlen bestätigen dies: Die Mitglieder der eidgenössischen Bundesversammlung sind mit 2045 VR-Mandate eingebunden. In zwei Jahren (2009 bis 2011) stieg die Zahl der vergebenen Mandate um 14.7 Prozent – ein deutlicher Anstieg, welcher die zunehmende direkte Einbindung der Politiker belegt. Nur eine ganz kleine Anzahl dieser Mandate vertritt die Interessen von Non-Profit-Organisationen. Skandalös ist hingegen der Druck, welcher durch die Gesundheits- und Immobilienlobby sowie jene der führenden Wirtschaftsbranchen ausgeübt wird.

Ausnahmslos alle Parteien haben ParlamentarierInnen mit VR-Mandaten in ihren Reihen und so sind alle Schweizer Banken, Grosskonzerne und Multis direkt im Parlament vertreten. Entsprechend diesem Machtverhältnis fallen auch die politischen Entscheide im Parlament aus. Verkauf werden sie dem Volk unter Stichworten wie «Standortförderung» und «notwendige Sparmassnahmen». Die Fakten sprechen aber eine klar andere Sprache und lassen sich einfach auf den Punkt bringen: Es gibt Steuererleichterungen für Unternehmen und Wohlhabende und um diese zu finanzieren, wird im Sozialwesen, in der Bildung und im öffentlichen Dienst gespart – und zwar kräftig! Selbstverständlich wirkt sich die Interessenvertretung im Parlament auch auf die Besitzverhältnisse in der Schweiz aus. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 58,9 Prozent des gesamten Nettovermögens und damit mehr als die übrigen 99 Prozent der Bevölkerung. Laut dem Schweizer Wirtschaftsmagazin «Bilanz» besaßen im 2013 die 300 Reichsten der Schweiz 564 Milliarden Franken, damit hat sich ihr Vermögen in den letzten 25 Jahren mehr als versechsfacht. Und wer reich ist, bleibt reich: Von den 40 Milliarden Franken, die im 2010 vererbt wurden, flossen mehr als die Hälfte an bestehende Millionäre. 14.7 Prozent der Kinder leben in der Schweiz in Armut. 7.7 Prozent (590 000 Personen) der Bevölkerung war im 2012 in der Schweiz von Einkommensarmut betroffen: Die durchschnittliche Armutsgrenze betrug für eine Einzelperson rund 2200 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern rund 4050 Franken. Von diesem Betrag müssen der allgemeine Lebensunterhalt (Nahrungsmittel, Kleidung, Hygiene, Mobilität, Unterhaltung etc.), sowie die Wohnkosten und Versicherungen bezahlt werden.

185800 SeniorInnen beziehen Ergänzungsleistungen. Ihre AHV-Rente und die eventuellen Bezüge aus der Pensionskasse reichen nicht aus, um die minimalen Lebenskosten zu decken. Gemäss Hochrechnungen von Pro Senectute nimmt diese Zahl stetig zu: Jedes Jahr kommen 5000 zusätzliche Pensionäre dazu, deren Rente nicht existenzsichernd ist.

Ohne die AHV-Zusatzleistungen, die bei der Einführung als vorübergehend bezeichnet wurden, könnten rund 300000 Personen kaum mehr oder weniger anständig leben. Nicht zu vergessen sind auch jene Menschen, die keine Zusatzleistungen beziehen, da sie den Anspruch darauf nicht erheben und dies oft, weil sie ihr Recht dazu gar nicht kennen.

Das Wahlprogramm der PdA ist auf www.pda.ch zu lesen.

ARBEIT



Für uns ist die Arbeit ein Grundrecht für alle Menschen, da der gesellschaftliche Reichtum auf Arbeit beruht. Jede Arbeit ist wichtig und gleich viel Wert. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufheben. Wir kämpfen für die Einführung eines neuen Arbeitsrechts sowie eines Arbeitsgerichts.

Wir fordern konkret:

- Die Durchsetzung der Lohngleichheit von Frau und Mann.
- Die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohnes von mindestens 4000 Franken (22 Franken pro Stunde) und einen Mindestlohn für Lehrlinge.
- Die Einführung von Maximallöhnen.
- Die Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich.
- Keine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Eine gesamtschweizerische Harmonisierung kann nur auf der Grundlage erfolgen, dass die maximale Ladenöffnungszeit elf Stunden pro Tag beträgt.
- Die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse. Dies bedeutet konkret den Ausbau des Kündigungsschutzes für alle, das Recht auf Wiedereingliederung am Arbeitsplatz, das Verbot von Leiharbeit und der Arbeit auf Abruf.
- Der Ausbau der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Dies indem man die Unternehmen verpflichtet, ihre Verantwortung gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern zu übernehmen. Die unangemeldeten Kontrollen und die Sanktionen bei Verstößen müssen verstärkt werden.
- Die gesetzliche Einführung von Betriebsräten mit einem vollumfänglichen Mitbestimmungsrecht sowie das Versammlungsrecht der Lohnabhängigen während der Arbeitszeit und das verfassungsmässige Streikrecht.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft die Arbeit nicht für den Reichtum Weniger, durch Ausbeutung der Menschen und der Natur, sorgt, sondern dem Wohlstand aller dient!

SOZIALE GRUNDRECHTE

Renten und Sozialversicherungen sind keine Almosen, sondern von der Verfassung garantierte Rechte. Die Gesundheit darf kein Luxusgut sein, das sich nur Wenige leisten können.

Wir fordern konkret:

- Den sofortigen Stopp sämtlicher Verschlechterungen der Sozialversicherungen und die Vergesellschaftung der gesamten sozialen Versorgungen, um sie der demokratischen Kontrolle zu unterstellen.
- Ein kostenloses, öffentliches und dezentrales Gesundheitswesen.
- Die Integration der zweiten Säule (Pensionskassen) in die erste Säule (AHV) und somit die Einführung der Volkspension, sowie die Erleichterung der Frühpensionierung in Berufen mit schwerer körperlicher Arbeit.
- Die Einführung einer kostenlosen Kinderbetreuung.
- Einen bezahlten Elternurlaub, aufgeteilt auf beide Eltern von mindestens einem Jahr, verbunden mit dem Recht auf den Arbeitsplatz.
- Die Einführung einer allgemeinen Zahnversicherung.



wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft alle Menschen in Würde leben und die Angst um die Versorgung der eigenen Person und der Familie ein Ende hat.

Wohnraum ist zum Wohnen da – nicht um die Profite der Immobilienbesitzer ins Unermessliche zu steigern. Bezahlbare Wohnungen sind ein Grundrecht. Die Qualität der Wohnung ist eng verbunden mit der Qualität von Leben und Gesundheit und deshalb zu gewährleisten.

Wir fordern konkret:

- Das Ende der Zwangsrumungen.
- Die staatliche Kontrolle der Mieten sowie preisgünstiger Wohnraum.
- Das Verbot von Spekulationen mit Wohnraum sowie mit Grund und Boden.
- Ein generelles Vorkaufsrecht zum Steuerwert für Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften bei Verkäufen von Immobilien und Bauland.
- Die Vergesellschaftung und somit die demokratische Kontrolle des Grundeigentums.
- Zahlbare Wohnungen für StudentInnen und Auszubildende.

WOHNEN

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft die private Verfügungsgewalt von Grund und Boden in ein blosses Nutzungsrecht umgewandelt ist.



BILDUNG

Wir fordern konkret:

- Mehr Staatsgelder für öffentliche Bildungsinstitutionen.
- Die gezielte Förderung von Arbeiter- und MigrantInnenkindern.
- Das Verbot privatwirtschaftlicher Einflussnahme auf die Inhalte von Forschung und Lehre.
- Kostenlose Bildung für alle vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss.
- Freie Bildung für alle ohne soziale Selektion.
- Mindestens zwei Tage Berufsschule für alle Auszubildenden.
- Die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems in der obligatorischen Grundstufe zugunsten der ganztägigen Gesamtschule, um eine verfrühte Selektion zu verhindern.
- Die Einführung politischer Bildung auf sämtlichen Schulstufen.
- Die Sexualkunde ab der Unterstufe.
- Einen einfachen Zugang zu den Stipendien für StudentInnen und Lehrlinge.
- Mehr Ausbildungsplätze.
- Ausbau der Rechte für Lehrlinge sowie deren besseren Schutz.
- Mehr Lehrkräfte in der Primar- und Sekundarstufe.
- Eine aktive Drogen- Alkohol- und Tabakprävention.
- Eine konfessionsneutrale Schule.

Die Bildungsinstitutionen widerspiegeln die Gesellschaft. In der Tendenz wird gelehrt, was für die Wirtschaft verwertbar ist. Dem gegenüber steht eine emanzipatorische Bildung, die uns zur Überwindung von Ausbeutung und Klassenherrschaft befähigt.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft Bildung nicht mehr wirtschaftlichen Interessen, sondern der Persönlichkeitsbildung und der Gesellschaft dient.

REICHTUM UMVERTEILEN

Ungleiche Verteilung des Reichtums ist das sichtbarste Zeichen des Kapitalismus. Wenige besitzen das Meiste, die Meisten fast nichts. Eine Frechheit! Die Welt steht Kopf, wir helfen ihr auf die Beine!

Wir fordern konkret:

- Die Erhöhung der Gewinnsteuer bei Kapitalgesellschaften.
- Die radikale Erhöhung der Grundstückgewinnsteuer.
- Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen.
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer.
- Die Harmonisierung der Steuersätze von Gemeinden und Kantonen.
- Die Vergesellschaftung und somit die demokratische Kontrolle zunächst der Banken und Versicherungskonzerne.
- Die Erhöhung der Steuern auf Grossvermögen.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft die Reichen nicht mehr reich und die Armen nicht mehr arm sind.

*Wir leben in einer Diktatur der Banken und der Konzerne.
Die meisten Menschen haben nichts zu sagen.
Radikale Veränderungen sind zwingend notwendig.
Auch die Wirtschaft muss demokratisch bestimmt werden.*

Wir fordern konkret:

- Die Beibehaltung der Neutralität gegenüber der EU und die Verweigerung einer aktiven oder passiven Beteiligung an Kriegen sowie den Abbruch aller Beziehungen zu imperialistischen Bündnissen wie der NATO.
- Den Abbruch von Verhandlungen über Freihandelsabkommen unter anderem über das TISA.
- Keinen Beitritt zur neoliberalen, imperialistischen EU.
- Neuverhandlungen der bilateralen Verträge mit der EU, damit sie den Interessen der breiten Bevölkerung dienen und nicht wie aktuell jenen des Finanzplatzes und der grossen Konzerne.
- Der Verbleib der Schweiz in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).
- Der Schutz von Whistleblowern.

**DEMOKRATISCHE
SELBSTBESTIMMUNG**

wir werden nicht ruhen...

bis die sozialistische Demokratie regiert und somit die Demokratie kein Privileg von Wenigen mit viel Geld ist.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT



Wir fordern konkret:

- Den Abzug aller Armeeingehöri-gen der Schweiz, die im Ausland im Einsatz sind, sowie der sofortige Abbruch der militärischen Zusammenarbeit unter anderem mit Armeen der NATO-Staaten, Israel und den Monarchien der Golfstaaten.
- Keine Schweizer Beteiligung und Teilnahme an Projekten für eine Europäische Armee.
- Die Unterstützung demokratischer Bewegungen in der Dritten Welt.
- Faire Handelsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern sowie eine Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz.
- Das Verbot von Spekulation mit Rohstoffen.
- Die Anerkennung des palästinensischen Staates durch die Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Das Ende der Wirtschaftsblockade gegen Kuba.
- Die Verurteilung sämtlicher Grosskonzerne, welche die Menschenrechte missachten.

Die internationale Solidarität ist ein fundamentaler Wert der Partei der Arbeit. Wir wollen eine engagierte Schweiz, die sich dafür einsetzt, dass der Graben zwischen Arm und Reich weltweit kleiner wird. Eine Schweiz, die sich dem Frieden, statt dem Krieg verschreibt.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft die Gefahr des Krieges gebannt ist und Solidarität mit den unterdrückten Völkern gelebt wird.

Wir fordern konkret:

- Das Recht für jede und jeden über seinen eigenen Körper zu verfügen. Dabei ist das Recht auf Verhütung und Schwangerschaftsabbruch garantiert.
- Den Schutz gegen Gewalt und Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechteridentität.
- Das Ende der legalen Diskriminierung von homosexuellen Eltern.
- Das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von transsexuellen Menschen und den Zugang zu ärztlichen Behandlungen, falls dies gewünscht wird.
- Das Heiratsrecht für alle Paare.

Der Sexismus ist die Unterdrückungsform, welche die Geschlechter hierarchisch in eine produzierende und reproduzierende Klasse gliedert, um die Geschlechterstereotype zu reproduzieren und zu festigen. Dieses Geschlechtermodell wird in der aktuellen Gesellschaft jeder und jedem aufgezwungen.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft der Sexismus und die Homophobie ein Relikt vergangener Zeiten sind.

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE



EINE OFFENE SCHWEIZ FÜR ALLE

Wir fordern konkret:

- Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht für alle in der Schweiz lebenden Menschen.
- Den Schweizer Pass für alle, die in der Schweiz geboren werden.
- Die Legalisierung der Sans-Papiers, denn kein Mensch ist illegal.
- Die strafrechtliche Verfolgung jeder fremdenfeindlichen und rassistischen Handlung.
- Ein Ausländer- und Asylgesetz, das auf Menschlichkeit und Solidarität basiert, sowie der Austritt der Schweiz aus dem Schengen- und Dublin-Abkommen.
- Eine offene Schweiz für Flüchtlinge und eine angemessene Unterkunft für MigrantInnen.
- Freien Personenverkehr für alle auf der Welt und nicht nur für EU-BürgerInnen, so wie es die EU will.
- Ein Recht auf Arbeit für alle in der Schweiz lebenden Menschen.

Rassismus trägt zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Machtverhältnisse bei. Sündenböcke dienen zur Spaltung der Arbeiter und Arbeiterinnen und zur Ablenkung von den echten Problemen in der Bevölkerung.

*wir werden nicht ruhen...
bis mit der sozialistischen Gesellschaft Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein Relikt düsterer Vergangenheit sind.*



UMWELT

Die Gründe der Umweltprobleme sind das gierige Streben nach möglichst schnellem, höchstem Profit sowie die rücksichtslose Ausbeutung der Natur unter dem Diktat des Grosskapitals. Eine gesunde Umwelt ist ein Gut aller Menschen und muss deshalb erhalten werden.

Wir fordern konkret...

- Keine Privatisierung von Lebensnotwendigem wie etwa Wasser und Strom.
- Den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, sowie die Vergesellschaftung und somit die demokratische Kontrolle der Energiekonzerne.
- Staatliche Investitionen in Förderungsprojekte und –programme von erneuerbaren Energien.
- Die Energieabkommen mit der EU müssen eine umweltfreundliche Verteilung der Energie in Europa gewährleisten.
- Kostenlose Nutzung der lokalen Nahverkehrsmittel für Alle.
- Die PdAS fördert den Verkehr auf Schienen statt den Strassenverkehr.
- Anpassung des kommerziellen Gütertransports an die bestehende Infrastruktur unter Berücksichtigung der Umwelt. Wir lehnen eine zweite Gotthard-Röhre entschieden ab!
- Den drastischen Abbau von Pestiziden.

wir werden nicht ruhen...

bis die Planwirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft die gerechte Verteilung der Güter und der natürlichen Ressourcen gesichert hat.



LANDWIRTSCHAFT

Wir fordern konkret:

- Den Zugang zu gesunden, ausreichenden Nahrungsmitteln für Alle.
- Eine vielfältige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und das Saatgut, schützt.
- Staatliche Unterstützung, damit Kleinbetriebe ihre MitarbeiterInnen mindestens 4000 Franken für 160 Arbeitsstunden im Monat bezahlen können.
- Eine landwirtschaftliche Produktion, welche die Ernährungssouveränität garantiert, die Preise bestimmt und die regionalen Nahrungsmittel schützt, damit die BäuerInnen in Würde leben können.
- Einen Produktionsstandard nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft, sowie der KonsumentInnen und nicht nach den Richtlinien der EU.
Folgerichtig wollen wir, dass die Schweiz das Cassis-de-Dijon-Prinzip verlässt.



Die Entscheidungen betreffend der Landwirtschaft und der Ernährung werden von den grossen Multinationalen und den Freihandelsverträgen bestimmt. Doch die BäuerInnen sowie die Schweizer Bevölkerung müssen in der Lage sein, selbstständig über die Nahrungsmittel zu entscheiden, die sie konsumieren wollen.

wir werden nicht ruben...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft die Landschaft im Einklang mit der Natur und im Dienste der regionalen Bevölkerung ist.



*In einer Klassengesellschaft
trägt auch die Kulturpolitik
Klassencharakter.*

*Dem muss eine demokratische
Kultur entgegengesetzt werden.*

Wir fordern konkret:

- Den kostenlosen Zugang zum Unterricht in Musik, Tanz, Malen sowie allgemeinen künstlerischen Aktivitäten.
- Bessere Verteilung der öffentlichen Gelder bei der Kultur.
- Die verstärkte Förderung junger Künstlerinnen und Künstler durch das Anbieten von entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten und Freiräumen.
- Die Schaffung von selbstverwalteten, künstlerischen Freiräumen.
- Staatliche Förderung der Kulturanlässe.
- Garantierter Zugang zur Kultur für Alle.

wir werden nicht ruhen...

bis mit der sozialistischen Gesellschaft Kunst und Kultur zum Ort uneingeschränkter, künstlerischer Entfaltung und Reflexion gesellschaftlicher Entwicklung geworden sind.

KULTUR



ES BRAUCHT EINEN RADIKALEN WECHSEL

Wie schon vor über hundert Jahren Rosa Luxemburg sagte: «Sozialismus oder Barbarei!» Im Kampf gegen die Barbarei und für den Sozialismus knüpfen wir an die objektiven Lebensbedingungen und Interessen der Menschen an. Die von der Krise und von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betroffenen Menschen müssen selbst für ihre Interessen eintreten. Sie zu mobilisieren für den gemeinsamen Kampf, darin sieht die PdA eine ihrer Hauptaufgaben. Deshalb sind der ausserparlamentarische Kampf sowie die Stärkung der Organisation und Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ein wichtiger und zentraler Aspekt unserer Arbeit.

Es geht nicht nur um eine Reform der Wirtschaft, des Staates, der sozialen Strukturen, um die Beseitigung negativer Auswirkungen, sondern es geht um die Veränderung der Gesellschaft. Dabei stützt sich die Partei der Arbeit auf die Grundlage des Marxismus. Unser Ziel ist der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Doch dort wollen wir nicht stehen bleiben. Unser Ideal ist eine kommunistische, das heisst eine klassenlose Gesellschaft, in der das Leben für alle einen Sinn erhält, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Herrschaft und Entfremdung aufgehoben sind und das ökologische Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Diese Gesellschaft wird von den Werten der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, des Friedens und der Freiheit von Zwang und Not bestimmt sein. In diesem Sinne sind wir eine revolutionäre Partei, die sich von allen anderen politischen Parteien der Schweiz unterscheidet. Diese gesellschaftliche Revolution wird das Resultat eines langen Kampfes einer breiten Volksbewegung sein, die den Prinzipien der Einheit und der Solidarität unter den ArbeiterInnen weltweit sowie dem Frieden unter den Völkern treu bleibt. So ist die internationale Solidarität ein fundamentaler Wert der Partei der Arbeit. Wir widersetzen uns sämtlichen imperialistischen Kriegen. Wir verurteilen alle Versuche neokolonialer Vorherrschaft und jeglichen Anspruch auf Ressourcen, die den jeweiligen Völkern gehören. Dies bedeutet die Vergesellschaftung der wesentlichen Sektoren der Wirtschaft (insbesondere des Bank- und Versicherungswesens). Diese demokratisch organisierte Wirtschaft geht vom Arbeitsplatz aus und ist im Interesse aller und nicht im Profitinteresse weniger. Im Sozialismus liegt die Macht beim Volk und nicht in den Händen einiger privater Lobbys.

Die eidgenössischen Wahlen sind für die PdA kein Selbstzweck, sondern eine Gelegenheit unter anderen, um sich für eine Veränderung der Gesellschaft zu engagieren. Wir wollen jenen Menschen, den Arbeiterinnen und Arbeitern, eine Stimme geben, die heute keine wirkliche parlamentarische Vertretung haben. Denn sämtliche im Parlament vertretenen Parteien sind trotz «farblichen» Nuancen Trägerinnen des kapitalistischen Systems, das Mensch und Umwelt schonungslos im Namen des Profits ausbeutet.

Der parlamentarische Kampf wird die Probleme des Kapitalismus nicht lösen. Doch dient er, um den Forderungen der breiten Bevölkerung, der Arbeiterinnen und Arbeitern, Gehör zu verschaffen und um eventuelle Verbesserungen zu erzielen. Gleichzeitig können die wahren Interessenvertretungen im Parlament besser aufgedeckt und bekämpft werden. Wir wollen aufzeigen, dass es selbst in der reichen Schweiz Kräfte gibt, die sich der Diktatur des Kapitals nicht beugen. Aus all diesen Gründen nimmt die Partei der Arbeit an den Wahlen teil, oder wie Lenin sagte: «Die parlamentarische Bühne für unsere revolutionäre Sache nutzen!»

*Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!*

Bertolt Brecht

KONTAKT

Partei der Arbeit Zürich

Postfach 8721
8036 Zürich
+41 (0)44 242 72 44
pdaz@pda.ch
www.pdazuerich.ch

Partei der Arbeit der Schweiz

Postfach 533
3000 Bern 22
www.pda.ch

Mehr über die Partei der Arbeit,
den vorwärts und Veranstaltungen:

PDAZUERICH.CH